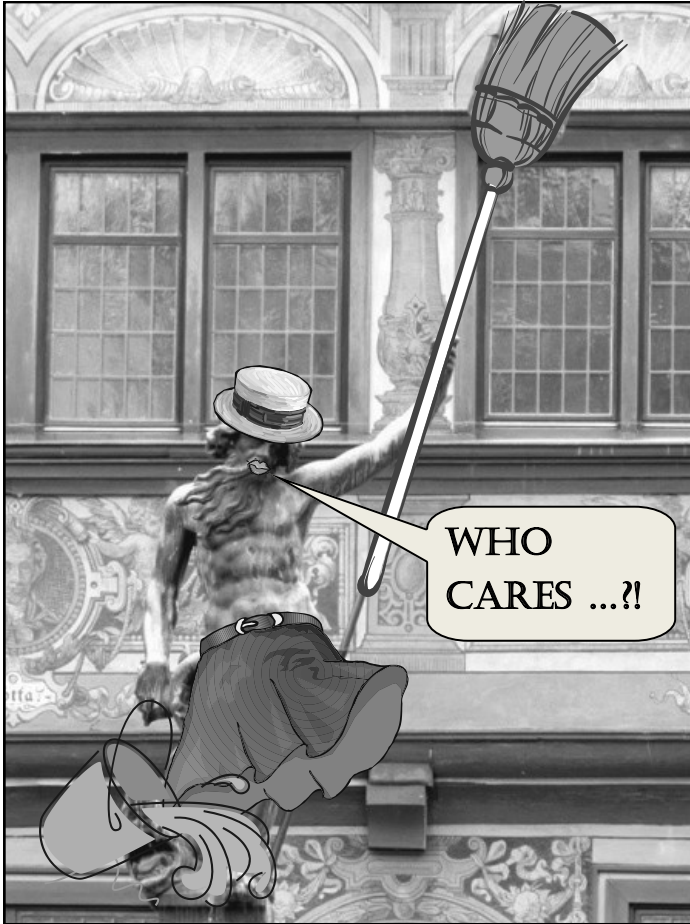


08.03.2012
[Queer]Feministisch
hin geschaut:



KÄMPFE, POLITIKEN, EREIGNISSE UND
WIDERSTÄNDE IN TÜBINGEN

*Internationaler Frauen*tag - dieses Jahr zum 101. Mal. Aber was bedeutet das hier in Tübingen?*

Die [Queer]Feministische AG der iL Tübingen hat sich auf die Suche nach Spuren gemacht. Wo haben sich in den vergangenen Jahren politische Kämpfe, Widerstände entzündet, die Frauen* (zur Schreibweise mit * siehe S.3) in besonderem Maße betreffen? Welche gesellschaftlichen Entwicklungen greifen auch hier, die Frauen* in unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse drängen und dazu beitragen, dass nach wie vor sie diejenigen sind, die Hausarbeit und die Sorge um andere hauptsächlich schultern?

Es geht aber unseres Erachtens nicht nur um ungerechte Geschlechterverhältnisse. [Queer]Feministisch hingeschaut bedeutet für uns alle Kämpfe in den Blick zu nehmen, in denen eine Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden zweigeschlechtlichen Paarmodell und der traditionellen Familienform stattfindet. Die Festlegung eines Menschen auf Frau* oder Mann* ist gesellschaftlich konstruiert und nicht biologisch gegeben. Darüber hinaus transportiert diese Festlegung einen Berg an gesellschaftlichen Anforderungen und Erwartungen, die zu hierarchischen Strukturen zwischen den Geschlechtern führen – manche offensichtlich, manche subtil versteckt.

Mit dieser Broschüre erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Deshalb können die behandelten Themen nur als ein Ausschnitt der Wirklichkeit verstanden werden. Auch sind wir uns bewusst, dass manche inhaltliche Perspektiven, wie z.B. die Situation von Migrant*innen in Tübingen, die „gläserne Decke“ für Frauen* an der Universität oder die alle zwei Jahre stattfindenden Kongresse des UKT mit kosmetischen Live-Genitaloperationen an Kindern mit "atypischen körperlichen Geschlechtsmerkmalen" unbehandelt bleiben. Nichtsdestotrotz hoffen wir, dass diese Broschüre zum Nachdenken, Diskutieren und Hinterfragen anregt.

Infos zu Quellen und zur iL (interventionistische Linke) finden sich auf den letzten beiden Seiten.

Die vorschulische Bildung in KiTas, Kindergärten und Krippen wird in der deutschen, traditionell konservativen Organisationsweise von Wohlfahrtsstaat und Bildungssystem oft immer noch als möglichst „mütterliche“ Aufbewahrung und nicht als professionell betreute Bildungsphase betrachtet. Vorschulische Bildung wird früher wie heute in eine "weiblich" konnotierte, sich kümmern-de Sphäre hineinkonstruiert, mit allen Konsequenzen für die Frauen*, die dort nahezu ausschließlich beschäftigt sind. Die grün-rote Mehrheit im Tübinger Gemeinderat baut zwar Betreuungsmöglichkeiten mit Zustimmung auch vieler Konservativer (und aufgrund des ab 2013 in Kraft tretenden gesetzlichen Betreuungsplatzanspruches der Eltern) stark aus. Doch weiterhin besteht die Unterfinanzierung dieses Bildungsbereichs mit allen Konsequenzen für die Erzieher*innen: Arbeitsverdichtung, keine verbesserte Bezahlung und Zwang zur Discounterbetreuung. Vorschulische Bildung gilt neuerdings zwar überall als wichtig und hipp—gleichzeitig herrscht aber finanziell immer noch die konservative Unterfinanzierung vor. So wird zur Sanierung von Stadtfinanzen, bei gleichzeitigem Ausbau der KiTa-Plätze wiederum an der Qualifizierung und fairen Bezahlung der Erzieher*innen gespart. Auch in Tübingen beschloss Grün-Rot 2010: Gekürzt wird an der sogenannten „Verfügungszeit“ der Erzieher*innen. Das ist die Zeit, in der Erzieher*innen ihre Arbeit pädagogisch vor- und nachbereiten. OB Palmer besuchte medienwirksam Erzieher*innen und erklärte Teile der Verfügungszeit gönnerhaft für unnötig vertane Zeit. Vorbereitung von Exkursionen und Elternabenden, Beobachtungen zur Sprachentwicklung etc. könnte in kürzerer Zeit gemacht werden, so besserwisserisch der Stadtvater Palmer. Erzieher*innen pro-

Hintergrund*-Schreibweise

Das Sternchen* soll zum einen verdeutlichen, dass hinter Begriffen wie Frau* und Mann* äußerst differente Menschen und eine Vielzahl an (geschlechtlichen) Existenzweisen stehen. Zum anderen werden Frauen* und Männer* hierbei nicht als biologische Tatsachen, sondern als konstruierte - aber gleichzeitig - wirkmächtige Kategorien verstanden. Dementsprechend wurde z.B. die Bezeichnung Frau* verwendet und ein Sternchen hinzugefügt, um die Vielfalt des Begriffes und die jeweiligen unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen zu ergänzen.

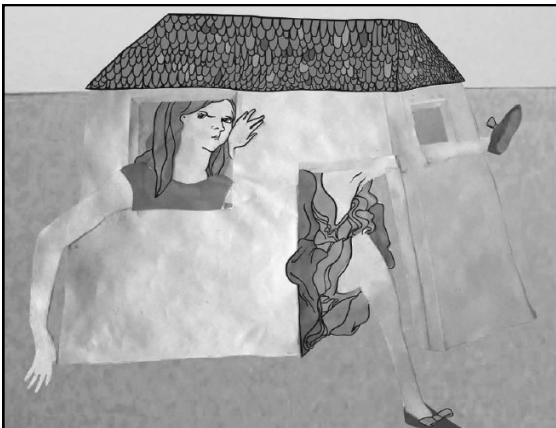
testierten und kämpften vergebens dagegen an, wobei sie auf baldige Steuermehreinnahmen der Stadt verwiesen. Die Stadt sparte durch die Kürzung der Verfügungszeit aber dennoch lieber an die 10 weitere Erzieher*innenstellen ein und die Erzieher*innen brechen unter ihren Belastungen des Arbeitsalltages fast zusammen. Die Kürzungen wurden erst kürzlich für den aktuellen kommunalen Haushalt wieder bestätigt. Dafür besteht für die Stadtväter neuer finanzieller Bewegungsspielraum, durch den sie sich baulich z.B. an der Bauruine Blaue Brücke und in der Wirtschaftsförderung auf dem Rücken der Erzieher*innen profilieren können. Tolle Bauherren statt gute Arbeit für Erzieher*innen!

Kaum etwas verbessert sich auch an der skandalös schlechten **Bezahlung von Erzieher*innen**. Menschen, denen wir unser Auto anvertrauen, verdienen mehr als Menschen, denen wir unsere Kinder anvertrauen! Klar ist auch, dass noch zu wenig Männer* diesen Beruf ergreifen wollen, weil er den gesellschaftlichen Vorstellungen von sozialem Status nicht entspricht. Erzieher*innen verdienen wenn sie Vollzeit arbeiten netto um die 1350 €; Kinderpfleger*innen noch weniger (knapp 1200 €). Damit liegt ihr Nettoverdienst um über 200 € (fast 400 € bei einer Kinderpfleger*in) unter einem deutschen Durchschnittsverdienst. Auch gibt es Einkommensunterschiede zwischen Erzieher*innen und Erziehern*: Letztere verdienen im Durchschnitt um die 150 € mehr. Diese miese Bezahlung der Erzieher*innen wird durch das Grundproblem der prekarierten Arbeitsbedingungen verschärft: Erstens gibt es kaum Vollzeitstellen. Nur 50% Erzieher*innen und nur 30% Kinderpfleger*innen haben eine Vollzeitstelle. Zweitens ist der Beruf psychisch und körperlich sehr belastend, weswegen eine Erzieher*in im Durchschnitt schon mit 59 Jahren aus dem Beruf ausscheidet. So lebten beispielsweise in 2008 20% der Berufsanfänger*innen unterhalb der Armutsgrenze. Selbst wenn eine Erzieher*in Vollzeit bis 67 arbeiten würde, droht Altersarmut. Um trotz finanzieller Überforderung der Kommunen durch die neoliberale Steuerpolitik der letzten Jahre in Tübingen KiTas ausbauen zu kön-

Hintergrund Care-Ökonomie

Care-Ökonomie meint in der Regel bezahlte und nicht bezahlte Produktion und Dienstleistungen, die auf das Wohlbefinden von Menschen ausgerichtet sind. Darunter fallen alle Pflege- und Erziehungsberufe. Aber eben auch die unbezahlte Hausarbeit und Sorge um Familienangehörige. In den Berufen des Gesundheitssystems und des sozialen Bereichs sind überwiegend Frauen* beschäftigt. Die Löhne sind niedrig – ein Überbleibsel aus einer Zeit, als diese so genannten „traditionellen Frauen*berufe“ Frauen* nur auf ihre Pflichten als Ehefrau und Mutter vorbereiten sollten bzw. die Gehälter dieser Berufe nur als »Zuverdienst« gesehen wurden für Frauen*, deren Männer* mit einem Ernährerlohn die Familie versorgten. Dieser gesellschaftlichen Entwicklung liegen verschiedene ökonomische Kalküle zugrunde: zum einen haben sich beispielsweise die im konservativen Deutschland eher schwächeren Gewerkschaften Jahrzehnte lang auf die Lohnhöhe für Familienernährer – sprich in Männer*berufen konzentriert. Zweitens finden Arbeitgeber*innen Gefallen an dem Nutzen befristeter und/oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse, in denen vor allem Frauen* mit Familien landen. Drittens liegt es im Interesse des deutschen konservativen Sozialstaats, Sozialkosten einzusparen, wenn die über den Familienernährer unterstützte Frau* zu Hause bleibt.

In Staaten mit stärker nach „Links“ neigender Machtverteilung (z.B. mit hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad, starken linken Parteien, die öfters als die Konservativen an der Regierung sind) haben sich in der Care-Ökonomie längst bessere staatliche und über Steuern finanzierte Strukturen etabliert. In solchen Staaten, beispielsweise in Skandinavien, zielt die Organisation des Care-Bereichs vor allem darauf ab Frauen*erwerbsarbeit und die bessere Vereinbarung von Familie und Beruf zu ermöglichen. In solchen Ländern ist auch die Geburtenrate höher. Wie andere (kapitalistische) Staaten sind auch sie noch einiges davon entfernt, besonders emanzipatorische Lebensverhältnisse herzustellen, bewegen sich



aber im Care-Bereich nicht auf dem gleichen Steinzeitniveau wie Deutschland und zeigen, welche Verbesserungen für Frauen* und eine in Ansätzen egalitäre Gesellschaft schon durch einfache Reformen schnell erreicht werden könnten - wenn sich Regierungen und gesellschaftliche Mehrheiten trauen den materiellen Wohlstand stärker in den Care-Bereich umzuverteilen.

nen, nach denen das grün-rote Wähler*innenklientel verlangt, wird versucht fast jede zweite Erzieher*innenstelle in einer KiTa mit Kinderpfleger*innen zu besetzen. Diese sind billiger und deren Armut trotz Arbeit ist vorprogrammiert. Dies ist den Eltern im Tübinger grünbürgerlichen Milieu, die aufgrund ihrer Berufstätigkeit auf Kinderbetreuung angewiesen sind, oftmals gar nicht bewusst oder egal. Gegen diese Sparpolitik an den Erzieher*innen haben im letzten Jahr Erzieher*innen, Gemeinderät*innen und Gewerkschafter*innen Einspruch erhoben.

Proteste von **Hebammen** in den vergangenen Jahren: Die Geburt eines Kindes ist ein Ereignis, um das sich viele Interessen, Bedürfnisse und Konflikte gruppieren. Neben Bedürfnissen nach einer fachkundigen Begleitung wünschen sich viele Frauen* eine Geburt in häuslicher Umgebung oder zumindest in einem Geburtshaus – betreut von einer Hebamme ihres Vertrauens. Hebammen, die außerklinische Geburten begleiten, müssen seit Juli 2010 um die 4000 Euro Haftpflichtversicherung zahlen. Damit hat sich die Haftpflichtprämie seit 2007 verdreifacht. Viele Hebammen kämpfen seither um ihr berufliches Überleben oder haben gar ihren Beruf ganz aufgegeben. Im Moment laufen Verhandlungen mit den Krankenkassen um die Vergütung von außerklinischen Geburten. Auch hier in Tübingen kam es zu Protestkundgebungen von Hebammen – leider bisher erfolglos.

Im **Uniklinikum Tübingen** herrscht weiterhin Spardiktat: 130 Vollzeitstellen sollen abgebaut werden – obwohl viele Mitarbeiter*innen schon jetzt unter der Arbeitsverdichtung leiden. Auf dem Rücken der Beschäftigten und auch der Patienten*innen wird rigide gespart und gekürzt. Bis Mitte November letzten Jahres gab es 178 so genannte „Überlastanzeigen“ von Beschäftigten beim Betriebsrat. Viele Beschäftigte erzählen, dass sie nicht wissen, ob sie diesen Beruf bis zu ihrer Rente ausüben können. Es muss der „Druck raus“, wie die Gewerkschaft Ver.di sagt. Diese Berufe brauchen endlich die gesellschaftliche Anerkennung, die sie verdienen.

Hintergrund Betreuungsgeld

Der Gesetzesentwurf zum Betreuungsgeld, auf den sich schwarzgelbe Bundesregierung im November 2011 einigte, wird derzeit heftig debattiert. Das Betreuungsgeld richtet sich an diejenigen Eltern, die während dem zweiten und dritten Lebensjahres ihres Kindes keinen staatlichen KiTa-Platz in Anspruch nehmen wollen und die Kinderbetreuung selber organisieren. Als finanziellen „Ausgleich“ sollen sie dafür im Jahr 2013 100 Euro monatlich und ab dem Jahr 2014 150 Euro monatlich bekommen. Von einem „Ausgleich“ kann aus mehreren Gründen nicht die Rede sein: Mit dem Gesetzesentwurf entzieht sich die Bundesregierung dem Gesetzauftrag bis 2013 genügend Kita-Plätze für alle Kinder zu realisieren. Die Rechnung ist einfach: für die Bundesregierung ist das Betreuungsgeld billiger als öffentliche Einrichtungen zu schaffen - wenn Eltern keine KiTa-Plätze in Anspruch nehmen, müssen auch keine weiteren geschaffen werden. Dadurch avanciert das Betreuungsgeld zu einem nicht ausreichenden Ersatz für fehlende staatliche Leistungen. Die Forderung nach Anerkennung von Haus- und Sorgearbeit ist eine alte feministische Forderung. Doch Anerkennung würde heißen, dass die Person, die diese Betreuungsarbeit leistet auch von dem Betreuungsgeld leben kann. Doch von 150 Euro kann kein Mensch leben – ob mit oder ohne Kind! Da es mehrheitlich Frauen* sind, die Haus- und Sorgearbeit leisten, wird das Betreuungsgeld diese überkommene geschlechtliche Arbeitsteilung und ihre Geschlechternormen verfestigen. Das bedeutet für Frauen* Abhängigkeit vom Partner, Prekarisierung und Altersarmut. Außerdem lässt diese Förderung einer Arbeitsteilung, die von zwei Geschlechtern ausgeht und diesen je unterschiedliche Aufgaben zuweist, alle anderen Formen fern von der heteronormativen Kleinfamilie außer Acht. Unter den Tisch fallen Alleinerziehende, Wahlfamilien und Co-Elternschaft. Betreuungsgeld für Alle? Nein, denn die Bundesregierung konnte sich bisher nicht darauf einigen, ob Hartz IV Empfänger*innen oder Eltern mit Migrationshintergrund das Betreuungsgeld in Form von Bargeld bekommen sollen oder lediglich Bildungsgutscheine. Mit dieser Selektion wird die sozialchauvinistische Politik der Bundesregierung fortgeführt und rassistischen Vorurteilen Vorschub geleistet.

Ausgleich sieht anders aus! Das Betreuungsgeld ist nur die Fortführung der unsocialen, reaktionären und antifeministischen Familienpolitik der Bundesregierung und ihrer Familienministerin Kristina Schröder.



Eine Umsteuerung im wahrsten Sinne des Wortes ist dringend nötig – ein Politikwechsel hin zu einem (Wieder-)Aufbau eines solidarischen Gesundheitssystems. Ein erster Schritt nach vorne für die in ihrer Mehrheit weiblichen Beschäftigten in der Pflege wäre es, wenn die grün-rote Landesregierung ihre Versprechungen in Bezug auf die zugesagten Investitionen in die Krankenhäuser und Kliniken einhalten würde. Denn aktuell werden Bauvorhaben aus den allgemeinen Budgets der Kliniken finanziert, weshalb dann Stellen in Bereichen gestrichen werden, in denen sowieso schon Personal-mangel herrscht.

Hintergrund

Heteronormativität

Heteronormativität ist das System, mit dem beschrieben wird, dass sich Männer und Frauen* scheinbar selbstverständlich aufeinander beziehen. Dieser Bezug kann sich in Sexualität, Elternschaft oder ökonomischer Lebensplanung ausdrücken. Was jenseits von Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität ist, wird als normabweichendes Verhalten gesetzt. Heteronormativismus ruft somit Ausschlüsse von Abweichungen hervor.*

Küsse gegen Homophobie und Trans*phobie:

Am 17. Mai 1990 wurde Homosexualität von der Liste der psychischen Krankheiten der Weltgesundheitsorganisation gestrichen. Aus diesem Anlass wird am 17. Mai weltweit versucht, auf die Rechte von LGBT's* aufmerksam zu machen. Während der „Internationale Tag gegen Homophobie“ in Tübingen viele Jahre wenig Beachtung fand, eroberten sich im letzten Jahr ein Bündnis aus verschiedenen queer-politischen Gruppen küssend die Straße zurück. Mit Unterstützung der Aidshilfe Tübingen-Reutlingen organisierten die Libertären Queerul-

ant*innen und die Queere Hochschulgruppe Tübingen einen „Kiss-in“ auf dem Tübinger Holzmarkt. „Wir fordern die Gleichstellung von Menschen mit allen sexuellen Orientierungen und Menschen aller Geschlechter, einschließlich Trans*Menschen. Wir wollen ein Zeichen setzen für Sichtbarkeit von schwulen, lesbischen und Trans*Menschen, Lebensentwürfen und Lieben in der Öffentlichkeit.“, heißt es dazu im letztjährigen Flugblatt. Inhaltlich wurde der Internationale Tag erweitert und in Tübingen kurzerhand zum

„Internationalen Tag gegen Trans*phobie und Homophobie“ umbenannt. „Wir wollten an unserem Aktionstag über rein lesbisch-schwule Forderungen hinausgehen. Für uns galt es auch, Feindlichkeit und Gewalt gegen Trans*Menschen zu thematisieren.“, erklärt hierzu Nora Philipp, Sprecherin des „Kiss in“ in Tübingen.

Von der Mehrheitsliebe Boris Palmers... Es ist Ende Mai 2011 in Tübingen, die Grünen schweben bundesweit im prozentualen siebten Himmel und Boris Palmer, Oberbürgermeister von Tübingen, real-politischer Hardliner und gern gesehener Gast rechtskonservativer Männerbünde, macht sich Gedanken zu tragfähigen Mehrheiten seiner Partei. In seinem Thesenpapier „Grünes Wachstum - um welchen Preis? Fünf Thesen zur Diskussion im Parteirat“ vertritt er u.a. folgende Meinung: „Ja, die Gesellschaft bewegt sich auf uns zu. Und trotzdem ist es eine Illusion, zu glauben, wir könnten die Chance auf ein Wahlergebnis über 20% bei der nächsten Bundestagswahl wahren, ohne unsere Programmatik und unseren Auftritt zu verändern. Radikales Oppositionsgehabe und Fokussierung auf klassisch grüne Themen bindet die Kernwählerschaft, verschreckt aber Neugrüne. Selbst bei grünen Themen steht vieles in Frage, wenn wir das Wachstum sichern wollen. Das uneingeschränkte Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ist vorerst keine Forderung, mit der sich 25% der Deutschen gewinnen lassen. Einem Atomausstiegsgesetz, das die Standards des rot-grünen Gesetzes von 2000 übertrifft, können wir uns als 25%-Prozentpartei nicht verweigern, auch wenn die grüne Jugend auf dem Jahr 2017 als Ausstiegsdatum beharrt. Obwohl wir früher den Austritt aus der Nato propagiert haben, kann grünes Wachs-

Hintergrund Homophobie

"Homophobie ist definiert als negative Einstellung gegenüber Homosexuellen. Allerdings wird an der Verwendung des aus der Psychologie entlehnten Begriffes „Phobie“ kritisiert, dass es sich nicht um individuelle Ängste/Phobien, sondern um gesellschaftlich erlernte und strukturell verwurzelte Einstellungen handele." Homophobie fasst die verschiedenen Formen von sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung, Nichtwahrnehmung und Gewalt zusammen, mit denen Menschen oftmals auf Grund ihrer homosexuellen Lebensweise konfrontiert sind.

Hintergrund Trans*phobie

*Trans*phobie meint Feindseligkeit gegenüber Menschen, die nicht den Geschlechtererwartungen der Gesellschaft oder traditionellen Normen des biologischen und sozialen Geschlechts entsprechen. Damit betrifft Trans*phobie im Unterschied zu Homophobie (auch) die Bereiche Geschlechts- und Körperidentität. Homo- und Trans*phobie überschneiden sich jedoch auch, weil sie jeweils auf Irritationen aufgrund des Geschlechtsausdrucks einer Person basieren.*

tum nicht dauerhaft gelingen, wenn man Westerwelle für die Aufkündigung der westlichen Solidarität im Sicherheitsrat lobt. Und wenn man nachts in den Innenstädten nicht mehr schlafen kann, muss eine breit im Bürgertum verankerte Partei auch Alkoholverbote und polizeiliche Repression gegen Widerstand in den eigenen Reihen vertreten.“ Ein Trauerspiel aus machtpolitischen Allüren, Beerdigungszeremonien der Grünen,

grün-reaktionären Sicherheitsphantasien und nicht zuletzt heterosexistischer Vorherrschaft. Es wird deutlich, dass Boris Palmer und Teile seiner Partei jederzeit bereit sind, im Sinne der Sicherung stabiler Wähler*innen-Stimmen, Politik gegen Lesben und Schwule zu betreiben. Hierbei reicht der Verweis, auf die angeblich fehlende Mehrheitsfähigkeit der Positionen zur Angleichung des Adoptionsrechts, um diese Forderung in Frage zu stellen. Boris Palmer spricht für die heterosexuelle Mehrheit und scheint dabei ganz genau zu wissen, dass diese kein Interesse am Adoptionsrecht für Lesben und Schwule haben. Den Vorwurf von Homophobie weist er weit von sich, rudert letztlich von seiner These zurück und verspricht, dass er das erste homosexuelle Paar im Tübinger Standesamt selbst vermählen wird. Diese fanden nämlich bisher im Ordnungsamt statt. So offenbaren sich im Palmerschen Exkurs zu Forderungen nach der Abschaffung (bürgerlicher) Rechte von Lesben und Schwulen, sowohl sein eigenes Machtkalkül und seine Bereitschaft zu offener Homophobie, als auch die Brüchigkeit partei-politischer Allianzen und ihrer Forderungen nach Homo-Rechten. "Schlusswort zum Fall Boris Palmer: Es spielt keine Rolle, ob man Schwulen und Lesben mit Hinweis auf die Bibel Rechte vorenthalten will oder mit dem Blick auf Wählerstimmen. Auch Homophobie aus Kalkül darf nicht toleriert werden." (Micha Schulze, Regenbogenfähnchen im Wind).

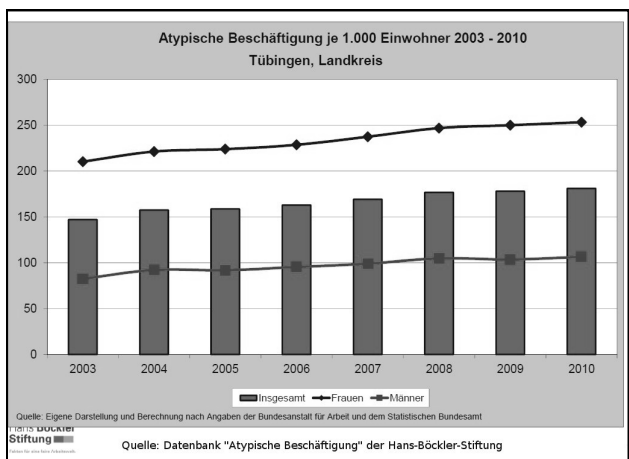
Kapitalistische Krisen – neoliberaler Wohlfahrtsstaatsabbau – Sparen an "Frauen*berufen": Die Prekarisierung der Arbeitswelt und andere neoliberale Reformen beginnen in den 1970er Jahren mit der ersten Krise des Kapitalismus nach den beiden Weltkriegen. Schon die vorangegangenen Kriege waren mit verursacht durch die gesellschaftliche Verarbeitung der großen Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren, die in Deutschland den Nationalsozialismus mit an die Macht brachte. Die Zerstörungen des zweiten Weltkriegs brachten kurz ein goldenes Zeitalter für die Überlebenden des Krieges (Aufbauphase), bevor der Kapitalismus schon in den 1970er Jahren wieder in einen krisenhaften Verlauf überging. Wieder einmal setzt sich seit den 1970er Jahren nicht Kritik am Kapitalismus, sondern Neoliberalismus durch. Beim Neoliberalismus handelt es sich um ein politisches Programm, dass auf den krisenhaften Verlauf des Kapitalismus (Kriege, Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich, steigende und sich verfestigende Massenarbeitslosigkeit, sinkende Profit- und Wachstumsraten, Zerstörung der Natur) nur mit Repression und Gewalt, Umverteilung nach Oben, Deregulierung und angebotsorientierter Wirtschaftspolitik reagiert – und damit die Krisen verschärft. Die neoliberale Umverteilung hat Vermögen nach Oben umverteilt, welches auf den Finanzmärkten nach Anlagemöglichkeiten sucht und gigantische Finanzblasen produziert. Wenn sie platzen, springt der Staat ein, rettet die Finanzmarktakteure und Unternehmen (oft diejenigen, die geprägt sind von „Männer*berufen“ - siehe Abwrackprämie für die Autoindustrie) und stürzt sich damit in eine exorbitante Staatsverschuldung. So geschehen zuletzt 2009 in Deutschland, dass sich im Zuge der Finanzmarktkrise seit 2008 um fast 40% zusätzlich verschuldet hat. Das entspricht ungefähr zwei Dritteln der Haushaltsverschuldung, die Deutschland seit 1945 angehäuft hatte. An den Finanzmärkten wurde dagegen so gut wie nichts verändert, an der Umverteilung von Unten nach Oben ebenso wenig. Zusätzlich schaffen die enormen Außenhandelsungleichgewichte im Euroraum den Rahmen, in dem wirtschaftlich schwächere Länder neoliberal umgebaut werden können. Die letzten Reste der zivilisatorischen Errungenschaft „Wohlfahrtsstaat“ werden in diesen Ländern zu

Gunsten der Kapitaleseite geschleift. Rente, Mindestlöhne, Sozialsysteme – alles steht auf dem Prüfstand. An Deutschland wird die kapitalistische Krise auch nicht einfach so vorbeigehen. Die ersten Kürzungen wurden in Tübingen unter dem Hinweis auf die Finanzkrise im Jahre 2010 durchgewunken. Aufgrund der besseren Steuereinnahmen in den letzten beiden Jahren diskutiert der Gemeinderat im Moment über eine teilweise Rücknahme der Sozialkürzungen. Die oben angesprochene Kürzung der Verfügungszeiten der Erzieher*innen steht aber schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung und die grün-rote Mehrheit geriert sich gerne als Sparkommissar und will auch andere kommunale Kürzungen nicht mehr aufknüpfen. Mit den prognostizierten Wachstumseinbrüchen durch ausfallende Exporte in einem krisengeschüttelten Europa werden aber spätestens 2013 auch die Steuereinnahmen nicht mehr so hoch sein. Nach der Kürzungsrunde ist vor der nächsten Kürzungsrunde. Und die wird im besonderer Maße Frauen* treffen: Die städtischen Beschäftigten werden als erste Kürzungen zu spüren bekommen. Bestimmt wird versucht werden Reinigungskräfte weiter zu privatisieren und an Verwaltungsstellen, an Erzieher*innen und Pädagog*innen zu sparen. Die zurückgehenden Steuereinnahmen werden auch die Landesfinanzen und damit beispielsweise die Zuschüsse zum Krankenhaus- oder Kitabau betreffen, woraufhin auch hier diese Einrichtungen versuchen werden, am meisten weibliches Personal zu sparen.

Allgemein ist die **Prekarisierung der Arbeitswelt** ein Problem, das auch in Tübingen vor allem Frauen* betrifft. So wurde 2011 in Deutschland von einem Aufschwung gefaselt und einer Agendapolitik, die die Arbeitslosigkeit gesenkt habe. In Wahrheit hat Deutschland aber eine extreme Prekarisierung der Arbeit erlebt. Letztendlich handelt es sich um eine gigantische Arbeitszeitverkürzung und -verbilligung, deren Kosten aber alleine den Arbeitnehmer*innen aufgebürdet wrden. Das Nachsehen haben dadurch vor allem die mit dieser Verbilligung der Arbeit nicht mehr konkurrenzfähigen Staaten in Europa (Teilursache der EU-Krise).

Sie bauen große Außenhandelsdefizite auf. Während zwischen 2000 und 2010 über 2,5 Mio Vollzeitstellen (ohne Leiharbeit) in Deutschland abgebaut wurden, hat Leiharbeit (+470000), Teilzeit- (+1830000) und geringfügige Beschäftigung (+770000) massiv zugenommen. Teilzeit-, Leih-, und Minijobarbeit (= atypische Beschäftigung) ist meistens unfreiwillig. Arbeitnehmer*innen geben bei Erhebungen mehrheitlich an, mehr arbeiten zu wollen. Obwohl **Frauen*** eine Minderheit der Beschäftigten ausmachen stellen sie die **Mehrheit der 1,4 Millionen Aufstocker*innen**, also der Erwerbstätigen, die ihr Einkommen ergänzend zum Niedriglohn mit Hartz IV aufstocken. Sie sind arm trotz oder gerade wegen ihrer miserabel bezahlten Arbeit. Obwohl in Tübingen, aufgrund der Lage im wirtschaftlich starken Südwesten, entgegen der langfristig zu beobachtenden bundesweiten Entwicklung im vergangenen Jahr (2011) ein deutliches Plus bei den sozialversicherungspflichtigen Jobs zu beobachten war, steigt auch in dieser prosperierenden Region entsprechend dem allgemeinen Prekarisierungstrend nun schon seit Jahren die Zahl der Aufstocker*innen an. Inzwischen ist auch hier ein Drittel der Hartz-IV-Bezieher*innen gar nicht komplett arbeitslos sondern hat zu schlecht bezahlte Jobs um davon leben zu können. Knapp die Hälfte dieser Aufstocker*innen in Tübingen lebte von, bzw. litt in einem Minijob. Atypische Beschäftigung trifft auf schlechte Löhne in befristeten und unsicheren Arbeitsverhältnissen. Dies trifft auch in Tübingen vor allem Frauen*:

"Typische Aufstocker-jobs finden sich im Gastronomie- und Reinigungsgewerbe, an der Drogerie- und Supermarktkasse genauso wie bei Brief- und Paketdiensten" (Schwäbisches Tagblatt, 28.02.12). Trotzdem hat die grün-rote Gemeinde-



ratsmehrheit in ihrem aktuellen Haushalt Ausgliederungen der städtischen Reinigungskräfte zu prekären Dienstleistern ("Fremdvergabe") bestätigt und beispielsweise die Ausschreibung zur Briefbeförderung noch einmal im Preis gedrückt, was sich auf die prekären Löhne bei S-Mail auswirken wird. Die Datenbank "Atypische Beschäftigung" der Hans-Böckler-Stiftung zeigt die Zunahme der Teilzeit, Minijobs und Leiharbeit in Tübingen zwischen 2003 und 2010 von der vor allem die im Landkreis Tübingen lebenden Frauen* betroffen sind. Fast 60 % aller Arbeitsverhältnisse von im Landkreis Tübingen arbeitenden Frauen* sind atypisch und sind damit teilweise jetzt schon armutsgefährdet und haben Altersarmut zu befürchten.

8. März 2011 – 100 Jahre Internationaler Frauen*tag: Zu diesem besonderen Ereignis fanden in Tübingen vielfältige Aktionen statt. Gruppen und Initiativen kamen auf dem Holzmarkt zusammen. Neben Ständen konnten über ein speaker's corner viele Stimmen aus unterschiedlichsten Facetten der Frauen*bewegung zu Wort kommen. Nach langen Jahren wieder neu in Tübingen rief das »Bündnis 8. März« im Anschluss zu einer Demo auf. Gruppen aus dem linken Spektrum hatten die Demo organisiert. Neben aller Freude, dass so etwas in Tübingen wieder möglich wurde, wirbelte die Demo Diskussionen um "Haupt"- und "Nebenwiderspruch" auf:



reicht es den Kapitalismus abzuschaffen, um das Patriarchat zum Wackeln zu bringen? Dennoch alles in allem ein bemerkenswerter Tag. Die beteiligten Gruppen und deren Redebeiträge finden sich auf dem Blog des »Bündnisses 8. März«:

<http://achtermaerz.blogspot.de/>

QUELLEN:

Care-Ökonomie siehe z.B.:

Haug, Frigga. 2011. Das Care-Syndrom. Ohne Geschichte hat die Frauenbewegung keine Perspektive. *Das Argument* 292 (53. Jahrgang Heft 3/2011): 345 – 364.

Frauenberufe siehe z.B.:

Krüger, Helga. 2010. "Lebenslauf: Dynamiken zwischen Biografie und Geschlechterverhältnis." In *Handbuch Frauen- und Geschlechterordnung. Theorien, Methoden, Empirie*, eds. Ruth Becker and Beate Kortendiek. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 219-227.

Arbeitsbedingungen von ErzieherInnen:

Fuchs-Rechlin, Kirsten (2010): Die berufliche, familiäre und ökonomische Situation von Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen. Sonderauswertung des Mikrozensus im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung der GEW, Coburg. <http://www.gew.de/Binaries/Binary71323/WEB%20Mikrozensus.pdf> .

Hebammen in Tübingen:

http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/ueberregional/politik_artikel,-Immer-mehr-freiberufliche-Hebammen-geben-auf- arid.125485.html
http://www.neckar-chronik.de/Home/nachrichten/nachrichten-horb_artikel,-Hohe-Haftpflichtpraemien-zwingen-freiberufliche-Hebammen-zum-Aufgeben-der-Geburtshilfe- arid.120996.html

Protest an dem Uniklinikum Tübingen:

http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/tuebingen_artikel,-Klinikmitarbeiter-gegen-den-Budget-Deckel- arid.162089.html
http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/tuebingen_artikel,-Ueberlastanzeigen-der-Beschaeftigten-nehmen-deutlich-zu- arid.156163.html

Kiss-In:

<http://lqs.mtmedia.org/2011/05/05/queerer-kiss-in-zum-17-mai-dem-internationalen-tag-gegen-transphobie-und-homophobie/>

Heteronormativität:

Darum Feminismus! Diskussionen und Praxen, Affront (Hg.)

Homophobie, Transphobie

Studie: Benachteiligung von Trans*Personen, insbesondere im Arbeitsleben, Expertise von Jannik Franzen, Dipl.-Psych. Arn Sauer, M. A.

Palmers Mehrheitsliebe:

<http://www.tueinfo.org/cms/node/19699>, Zitat aus: Regenbogenfähnchen im Wind, Micha Schulze, http://www.queer.de/detail.php?article_id=1434

Prekarisierung der Arbeit:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2011): Memorandum 2011. Gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos, Köln.

"Viele sind arm durch Arbeit": http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/tuebingen_artikel,-Arbeitslosenquoten-gehen-runter-aber-Hartz-IV-Aufstocker-werden-mehr- arid.164931.html

Datenbank zu atypischer Beschäftigung der Hans-Böckler-Stiftung:

http://www.boeckler.de/wsi_38546.htm

Warum ist der 8. März weiterhin wichtig?



Während in den letzten Jahren eine massive sozialstaatliche Umgestaltung vor allem zu Lasten von Frauen* stattfindet, werden in der medialen Öffentlichkeit meist nur „feministische“ Positionen junger weißer karrierefähiger Frauen* formuliert, denen der alte Feminismus zu prüde, zu unsexy und zu langweilig scheint. Dadurch wird ein Feminismus formuliert, der für neoliberale Tendenzen anschlussfähig ist. Vergessen werden dabei all jene (unsichtbar gemachten) Frauen*, die über weniger politische, soziale und kulturelle Ressourcen verfügen. Feminismus als Notwendigkeit gegen konservative „Backlashs“ heißt immer auch auf mehr als 100 Jahre soziale Kämpfe, emanzipatorische Bewegungen und kritische Debatten zurückzublicken, die immer auch eine Vision einer anderen Gesellschaft entworfen haben. Trotz der Errungenschaften dieser Bewegungen haben die Kämpfe auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt – immer noch leisten Frauen* den größten Teil der Reproduktionsarbeit, immer noch werden ungleiche Löhne bezahlt, immer noch ist häusliche Gewalt eine alltägliche Bedrohung,... Die gesellschaftliche Realität von sozialer Ungleichheit, patriarchalen Unterdrückungsverhältnissen und männlicher Hegemonie zeigt, dass der „historische“ Feminismus nichts von seiner Notwendigkeit verloren hat. Wir wollen anknüpfen an diese feministischen Bewegungen in ihren Kampf um die Gleichstellung von Frau* und Mann* und gleichzeitig fernab von diesen Kategorien

Räume für pluralistische Identitäten öffnen. Denn Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität bleiben trotz Aufweichungen im öffentlichen Diskurs entscheidende Strukturelemente in unserer Gesellschaft. Ein 8. März sollte auch die Lebens- und Lebensformen in Blick nehmen, die nicht in diese heteronormative Matrix passen. In diesem Sinne solidarisieren wir uns mit alljenen in der Welt, die am 8. März demonstrieren, feiern, streiken, sabotieren, tanzen.

Interventionistische Linke (iL)

Die iL hat ihre Ursprünge in der undogmatischen radikalen Linken in den 1990er Jahren in Deutschland. Ihr Themenspektrum reicht von „Antifaschismus“, der „sozialen Frage“ bis zu Themen „Antimilitarismus“ und „Internationalismus“. Öffentlich wahrnehmbar wurde die iL vor allem bei den Protesten in Heiligendamm 2007, bei der Aktion „Block G8“ oder später bei „Dresden Nazifrei“ und „Castor? Schottern!“. Auch in Tübingen ist die iL aktiv und über folgende Email-Adresse ansprechbar:
il-tue@lists.riseup.net